

Nichtamtliche Lesefassung des JSL

Vom 10. Dezember 2004 (Amtliche Bekanntmachungen Jg. 35, Nr. 75, S. 412–417)
in der Fassung vom 30. Mai 2014 (Amtliche Bekanntmachungen Jg. 45, Nr. 45, S. 144–146)

Prüfungsordnung der Albert-Ludwigs-Universität für die Diplomprüfung im Studiengang Pharmazie

Aufgrund von §§ 7 Absatz 2 und 53 Absatz 1 Sätze 3 und 4 UG hat der Senat der Universität Freiburg in seiner Sitzung am 24. März 2004 die nachstehende Satzung beschlossen. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat seine Zustimmung mit Erlass vom 7. Dezember 2004, Az.: 32-517.1/9, erteilt.

1. Abschnitt: Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung

Die Diplomprüfung ist eine universitäre Studienabschlussprüfung nach dem Zweiten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung; sie schließt die wissenschaftliche Ausbildung ab. Neben der Feststellung, ob der/die Kandidat/in die Zusammenhänge seines/ihrer Faches überblickt und die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat, soll die Diplomprüfung vor allem zeigen, dass der/die Kandidat/in in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus einem Fachgebiet der Pharmazie (Pharmazeutische Chemie, Pharmazeutische Technologie, Pharmazeutische Biologie, Pharmakologie und Toxikologie, Klinische Pharmazie) selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und das Ergebnis im mündlichen Vortrag und in der Diskussion öffentlich zu vertreten.

§ 2 Diplomgrad

(1) Berechtigte Personen können die Verleihung des akademischen Grades „Diplom-Pharmazeut“ beziehungsweise „Diplom-Pharmazeutin“ beantragen.

(2) Berechtigt sind Personen, die den Zweiten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bestanden haben.

(3) Das Recht auf Antragstellung erlischt mit Ablauf von zwei Jahren ab der Bekanntgabe des Zeugnisses über den Zweiten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung. Diese Frist ist angemessen zu verlängern, wenn die antragstellende Person hierfür wichtige persönliche Gründe vorbringt. Solche wichtigen persönlichen Gründe sind insbesondere eine Schwangerschaft, Kindererziehungszeiten oder eine längere Erkrankung.

(4) Voraussetzung für die Verleihung des Diplomgrades ist das Bestehen einer Diplomprüfung, deren Anforderungen sich aus den nachfolgenden Vorschriften ergeben.

§ 3 Prüfungen, Studiendauer

Die Diplomprüfung besteht aus den Prüfungsleistungen des Zweiten Abschnitts der Pharmazeutischen Prüfung, die angerechnet werden, sowie der Diplomarbeit einschließlich ihrer Verteidigung.

§ 4 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben sowie für sämtliche Entscheidungen im Rahmen des Prüfungsverfahrens, für die keine besonderen Regelungen getroffen sind, wird in der Fakultät für Chemie und Pharmazie ein Prüfungsausschuss gebildet. Der Prüfungsausschuss hat fünf Mitglieder, nämlich drei Professoren/Professorinnen, Hochschul- oder Privatdozenten/-innen der Fakultät, ein Mitglied des wissenschaftlichen Dienstes und ein Studierender/eine Studierende mit beratender Funktion. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt drei Jahre, die des studentischen Mitgliedes ein Jahr.

(2) Der/Die Vorsitzende, sein/e Stellvertreter/in und die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fakultätsrat gewählt. Die Mehrheit der Mitglieder des Prüfungsausschusses, der/die Vorsitzende sowie dessen/deren Stellvertreter/in müssen Professoren sein.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig der Fakultät über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten ein-

schließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Diplomarbeit sowie über die Verteilung der Fach- und Gesamtnoten. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform des Studienplans und der Prüfungsordnung.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Verteidigung beizuwohnen.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und etwa hinzugezogene Berater/innen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden/die Vorsitzende zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 5 Gutachter/in und Prüfer/in

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die beiden Gutachter/innen und Prüfer/innen. Er kann das Recht zur Bestellung dem/der Vorsitzenden übertragen.

(2) Als Gutachter/in und Prüfer/in können nur Professoren/Professorinnen - auch entpflichtete und in den Ruhestand versetzte - sowie Hochschuldozenten/-dozentinnen und Privatdozenten/-dozentinnen bestellt werden. Als Gutachter/in und Prüfer/in können auch nichthabilitierte Wissenschaftler/innen bestellt werden, sofern sie durch gleichwertige Leistungen ausgewiesen sind (§ 50 Absatz 4 UG). In der Regel ist der/die Betreuer/in des Bewerbers/der Bewerberin der/die erste Gutachter/in. Je ein/e Gutachter/in und ein/e Prüfer/in müssen hauptberuflich als Professor/in der Fakultät für Chemie und Pharmazie angehören.

(3) Ein kurzfristiger Wechsel der Prüfer/innen aus zwingenden Gründen ist vor Beginn der Verteidigung zulässig.

(4) Der/Die Kandidat/in kann Gutachter/innen für die Diplomarbeit und Prüfer/innen vorschlagen; der Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch auf Bestellung der vorgeschlagenen Gutachter/innen und Prüfer/innen.

(5) Für die Prüfer/innen gilt § 4 Absatz 5 entsprechend.

§ 6 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen im Studiengang Pharmazie an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet. Dasselbe gilt für die Prüfungen im Zweiten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder Prüfungen, die innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland abgelegt wurden, werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Gleichwertigkeit ist insbesondere dann gegeben, wenn die zugrundeliegenden Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen im Wesentlichen entsprechen, die der Zweite Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung voraussetzt. Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb des Geltungsbereiches des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und nach Maßgabe dieser Prüfungsordnung in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anerkennung im Zeugnis ist zulässig.

(3) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 2 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Der Student/Die Studentin hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(4) Für die Gleichwertigkeitsprüfung und -bescheinigung ist der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder dessen/deren Stellvertreter/in zuständig.

§ 7 Versäumnisse, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Die Diplomarbeit gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der/die Kandidat/in sie nicht innerhalb der vorgeschriebenen Bearbeitungszeit erstellt. Die Verteidigung gilt als mit „nicht ausreichend“

bewertet, wenn der/die Kandidat/in den Termin ohne triftige Gründe versäumt oder nach Beginn der Verteidigung ohne triftige Gründe zurücktritt.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des/der Kandidaten/Kandidatin bzw. eines von ihm/ihr allein zu versorgenden Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht der/die Kandidat/in das Ergebnis seiner/ihrer Diplomarbeit oder Verteidigung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, so gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den/die Kandidaten/Kandidatin von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(4) Der/Die Kandidat/in kann innerhalb von zwei Wochen verlangen, dass die Entscheidungen nach Absatz 3 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem/der Kandidaten/Kandidatin unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 7a Nachteilsausgleich

(1) Bei prüfungsunabhängigen nicht nur vorübergehenden oder chronischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen eines/einer Studierenden, die die Erbringung von Prüfungsleistungen erschweren, kann der Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag angemessene Maßnahmen zum Ausgleich der Beeinträchtigungen treffen; auf den Nachweis von Fähigkeiten, die zum Leistungsbild der abgenommenen Prüfung gehören, darf nicht verzichtet werden. Als Ausgleichsmaßnahmen können bei schriftlichen Prüfungen insbesondere die Bearbeitungszeit angemessen verlängert, Ruhepausen, die nicht auf die Bearbeitungszeit angerechnet werden, gewährt oder persönliche oder sächliche Hilfsmittel zugelassen werden.

(2) Vor der Entscheidung des Prüfungsausschusses nach Absatz 1 ist in strittigen Fällen mit Einverständnis des/der Studierenden der/die Behindertenbeauftragte beziehungsweise eine andere sachverständige Person anzuhören.

(3) Anträge auf Nachteilsausgleich sind bei der Anmeldung zur Prüfung oder spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin zu stellen. Die Beeinträchtigung ist von dem/der Studierenden darzulegen und durch ein ärztliches Attest, das die für die Beurteilung nötigen medizinischen Befundtatsachen enthält, nachzuweisen.

2. Abschnitt: Diplomprüfung

§ 8 Zulassung

(1) Zur Verteidigung der Diplomarbeit kann nur zugelassen werden, wer

1. das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife, einer einschlägigen fachgebundenen Hochschulreife oder ein durch Rechtsvorschrift oder von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkanntes Zeugnis besitzt,
2. den Zweiten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung mit wenigstens „ausreichend“ (4,0) bestanden hat und
3. dessen Diplomarbeit mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde.

(2) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. der/die Kandidat/in in der Bundesrepublik Deutschland die Diplomprüfung im Studiengang Pharmazie endgültig nicht bestanden hat oder
2. er/sie sich insoweit in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

(3) Der/Die Student/in muss die Zulassung zur Diplomprüfung innerhalb der jeweils gesetzten Ausschlussfrist spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt der Ausgabe der Diplomarbeit beantragen (Meldung). Die Meldung ist schriftlich an den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu richten. Der/Die Student/in gilt als zur Diplomprüfung gemeldet, wenn der Antrag auf Zuweisung eines Themas für die Diplomarbeit eingegangen ist.

(4) Dem Antrag sind beizufügen:

1. der Nachweis über den bestandenen Zweiten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung, aus dem auch die erzielten Fachnoten hervorgehen,

2. das Studienbuch, sofern der Kandidat/die Kandidatin den Zweiten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung nicht an der Albert-Ludwigs-Universität absolviert hat, sowie
 3. eine Erklärung darüber, ob der/die Kandidat/in bereits die Diplomprüfung im Studiengang Pharmazie endgültig nicht bestanden hat oder sich insoweit in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet. Kann der/die Student/in die Unterlagen nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise beifügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis später oder auf andere Weise zu führen.
- (5) Das Studienbuch ist dem/der Studenten/Studentin spätestens mit dem Zeugnis auszuhändigen. Die übrigen Unterlagen verbleiben beim Prüfungsamt.

§ 9 Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit kann von jedem Professor/jeder Professorin - auch einem/einer entpflichteten und einem/einer in den Ruhestand versetzten -, Hochschul- oder Privatdozenten/in aus der Fakultät für Chemie und Pharmazie ausgegeben und betreut werden. Die Diplomarbeit ist in der Regel beim Institut für Pharmazeutische Wissenschaften der Fakultät anzufertigen. Die Anfertigung in einem anderen Institut der Fakultät für Chemie und Pharmazie bedarf der vorherigen Genehmigung des Prüfungsausschusses. Mit vorheriger Zustimmung des Prüfungsausschusses darf die Diplomarbeit auch in einer Forschungseinrichtung außerhalb der Fakultät für Chemie und Pharmazie ausgeführt werden, wenn sie von einem Professor/einer Professorin, einem/einer Hochschul- oder Privatdozenten/in, der/die hauptberuflich an der Fakultät für Chemie und Pharmazie tätig ist, betreut werden kann.

(2) Der/Die Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der/die Kandidat/in nach der Meldung zur Diplomarbeit zum vorgesehenen Zeitpunkt das Thema einer Diplomarbeit erhält. Der Zeitpunkt der Vergabe der Diplomarbeit ist aktenkundig zu machen. Die Frist für die Anfertigung der Diplomarbeit beginnt mit der Vergabe des Themas.

(3) Die Diplomarbeit ist in deutscher oder englischer Sprache abzufassen. Die Abfassung in einer anderen Sprache bedarf der Zustimmung des Prüfungsausschusses. Einer fremdsprachlichen Diplomarbeit ist eine deutsche Zusammenfassung beizufügen.

(4) Die Bearbeitungszeit für die Diplomarbeit beträgt sechs Monate. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Diplomarbeit sind von dem Betreuer/der Betreuerin so zu begrenzen, dass die Bearbeitungszeit eingehalten werden kann. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Monate der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Im Einzelfall kann auf begründeten Antrag der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit ausnahmsweise um höchstens drei Monate verlängern. Der Antrag ist schriftlich an den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu richten.

(5) Bei Abgabe der Diplomarbeit hat der/die Kandidat/in schriftlich zu versichern, dass er/sie seine/ihre Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

§ 10 Annahme und Bewertung der Arbeit

(1) Die Diplomarbeit ist bei dem/der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses abzuliefern, der Abgabeterminpunkt ist aktenkundig zu machen. Wird die Diplomarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Diplomarbeit ist beim Prüfungsausschuss in drei Exemplaren einzureichen.

(2) Die Diplomarbeit wird von zwei Gutachtern/Gutachterinnen nach § 5 Absatz 2 beurteilt. Erster Gutachter/Erste Gutachterin soll der/die Professor/Professorin, Hochschul- oder Privatdozent/in sein, der/die die Arbeit ausgegeben hat.

(3) Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

- | | |
|-----------------------|--|
| 1 = sehr gut | = eine hervorragende Leistung; |
| 2 = gut | = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt; |
| 3 = befriedigend | = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht; |
| 4 = ausreichend | = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt; |
| 5 = nicht ausreichend | = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt. |

(4) Zur differenzierten Bewertung werden Zwischenwerte durch Erniedrigung oder Erhöhung der einzelnen Noten um 0,3 gebildet. Die Note 0,7 ist dabei ausgeschlossen.

(5) Die Note errechnet sich aus dem Durchschnitt der Einzelbewertungen der Prüfer/innen. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(6) Die Note lautet:

bei einem Durchschnitt von 1,0 bis einschließlich 1,5	= sehr gut;
von 1,6 bis einschließlich 2,5	= gut;
von 2,6 bis einschließlich 3,5	= befriedigend;
von 3,6 bis einschließlich 4,0	= ausreichend;
ab 4,1	= nicht ausreichend.

(7) Die Dauer des Bewertungsverfahrens soll vier Wochen nicht überschreiten.

(8) Die Bewertung der Diplomarbeit ist dem/der Kandidaten/Kandidatin erst nach der Verteidigung unter Berücksichtigung ihres Ergebnisses mitzuteilen.

§ 11 Verteidigung der Diplomarbeit

(1) Innerhalb von zwei Wochen nach der Bewertung der Diplomarbeit findet die Verteidigung der Diplomarbeit statt.

(2) Die Verteidigung der Diplomarbeit umfasst einen mündlichen Vortrag des Kandidaten/der Kandidatin zu den Ergebnissen der Diplomarbeit, der zwanzig Minuten nicht überschreiten sollte und die Befragung des Kandidaten/der Kandidatin durch die beiden Prüfer/innen, die dreißig Minuten nicht überschreiten sollte. Bei der mündlichen Prüfung können nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse diejenigen Personen als Zuhörer/Zuhörerinnen teilnehmen, die sich der gleichen Prüfung unterziehen werden. Die Teilnahme erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses. Aus wichtigen Gründen oder auf Antrag des Prüflings ist die Öffentlichkeit auszuschließen.

(3) Für die Bewertung der Verteidigung gilt § 10 Absatz 3 bis Absatz 5 entsprechend. Die Note der Verteidigung geht mit einem Gewicht von 1, die Note für die Diplomarbeit mit einem Gewicht von 2 in die Gesamtnote der Diplomarbeit ein. Wird die Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, führt dies zur Bewertung der Diplomarbeit mit der Gesamtnote „nicht ausreichend“ (5,0).

(4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Verteidigung sind in einem Protokoll festzuhalten.

§ 12 Wiederholung der Verteidigung

Eine mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertete Verteidigung der Diplomarbeit kann einmal innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe des Ergebnisses wiederholt werden.

§ 13 Bestehen und Nichtbestehen der Prüfung

(1) Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn die Diplomarbeit unter Berücksichtigung der Verteidigung mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet worden ist.

(2) Ist die Verteidigung der Diplomarbeit schlechter als mit „ausreichend“ (4,0) bewertet worden, so erteilt der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem/der Kandidaten/Kandidatin hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch darüber Auskunft gibt, innerhalb welcher Frist der/die Kandidat/in sich zur Wiederholung melden muss.

(3) Die Diplomprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Diplomarbeit bzw. die Verteidigung der Diplomarbeit auch nach erfolgter Wiederholung nicht bestanden ist. Auf Antrag stellt der Prüfungsausschuss eine Bescheinigung aus, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Diplomprüfung nicht bestanden ist.

§ 14 Bildung der Gesamtnote

(1) Für die Diplomprüfung wird eine Gesamtnote gebildet. Die Gesamtnote errechnet sich entsprechend § 10 Absatz 3 bis Absatz 6 aus der Gesamtnote des Zweiten Abschnittes der Pharmazeutischen Prüfung und der Gesamtnote der Diplomarbeit.

- (2) Die Gesamtnote des Zweiten Abschnittes der Pharmazeutischen Prüfung geht mit einem Gewicht von 1, die Gesamtnote der Diplomarbeit mit einem Gewicht von 2 in die Gesamtnote der Diplomprüfung ein.
- (3) Hat ein/e Kandidat/in die Diplomprüfung bestanden, so erhält er/sie unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen über die Ergebnisse ein Zeugnis. In das Zeugnis werden die Gesamtnote des Zweiten Abschnittes der Pharmazeutischen Prüfung, evtl. eine Kennzeichnung der Anerkennung nach § 6 Absatz 4, das Thema der Diplomarbeit und deren Note sowie die Gesamtnote aufgenommen.
- (4) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die Verteidigung der Diplomarbeit stattgefunden hat. Es wird von dem/der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.

§ 15 Diplomurkunde

- (1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird dem/der Kandidaten/Kandidatin die Diplomurkunde ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades „Diplom-Pharmazeut“ bzw. „Diplom-Pharmazeutin“ beurkundet.
- (2) Die Diplomurkunde wird von dem/der Dekan/in und von dem/der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät versehen; sie trägt das Datum des Zeugnisses.

3. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 16 Ungültigkeit der Diplomprüfung

- (1) Hat der/die Kandidat/in bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die ergangene Prüfungsentscheidung zurücknehmen und die betreffenden Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Hat der/die Kandidat/in die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Prüfung vom Prüfungsausschuss für nicht ausreichend und die Diplomprüfung für nichtbestanden erklärt werden. Dem/Der Kandidaten/Kandidatin ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (3) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und ggf. ein neues zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 16a Schutzfristen

- (1) Auf Antrag einer Studierenden sind die Schutzfristen entsprechend § 3 Absatz 1, § 6 Absatz 1 des Gesetzes zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz – MuSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2318) in der jeweils geltenden Fassung zu berücksichtigen. Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Prüfungsordnung.
- (2) Desgleichen sind die Fristen der Elternzeit entsprechend § 15 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748) in der jeweils geltenden Fassung auf Antrag zu berücksichtigen. Der/Die Studierende muss spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab er/sie Elternzeit antreten will, dem Prüfungsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum er/sie Elternzeit nehmen will. Der Prüfungsausschuss hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen einen Anspruch auf Elternzeit auslösen würden, und teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen dem/der Studierenden mit. Die Bearbeitungszeit der Diplomarbeit kann nicht durch die Elternzeit unterbrochen werden. Das dem/der Studierenden gestellte Thema gilt als nicht vergeben. Nach Ablauf der Elternzeit wird dem/der Studierenden ein neues Thema für die Diplomarbeit gestellt.

§ 17 Einsicht in die Prüfungsakten

Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens ist dem/der Kandidaten/Kandidatin auf Antrag Einsicht in seine/ihre schriftlichen Prüfungsleistungen, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer/innen und die Prüfungsprotokolle zu gewähren. Der/Die Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 18 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2004 in Kraft.